

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 30 Goldpfennige für den Monat ohne die Postgebühren für Zustellung. Es ist nur Postbezug zulässig.

Erscheinungstage: Mittwoch und Sonnabend. Das einzelne Exemplar kostet 5 Goldpfennige, Porto extra.

62. Jahrgang

Leipzig, den 18. Juni 1924

Nummer 52

Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Bezugsverneuerung auf den „Korrespondent“ spätestens bis zum 25. Juni bei der Post zu erfolgen hat. Nachher noch bestellte Exemplare werden von der Post nur mit einem Aufschlag von 20 Pf. angenommen. Eine Garantie, daß den „Korr.“ ohne Unterbrechung beim Monatswechsel zu erhalten, besteht jedoch nicht. Regelmäßige Zustellung ist nur gewährleistet, wenn das Abonnement bis zum 25. des Monats bei der zuständigen Postanstalt bewirkt ist.

Wichtige Tagungen zu und um Pfingsten

Der vierte Internationale Gewerkschaftskongress in Wien in der Woche vor Pfingsten hat in Nr. 49 eine prinzipielle Vorauswertung gefunden mit Darlegungen aus dem „Gewerkschafts-Archiv“. Die vorhergehenden Kongresse des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam 1919, London 1920 und Rom 1922 sind durch die Wiener Tagung der Gewerkschaftsinternationale schon in einem mehr äußerlichen Punkte bedeutend übertroffen worden: die Demonstrationen, Jugend und Studenten, Arbeiter, Angestellte und Beamte weitestgehend, in besonderen Ovationen von zum Teil riesenhaftem Umfang und auch trotz strömenden Regens der Gewerkschaftsinternationale zu dokumentieren, wie sehr die Sympathien des sozialistisch registrierten Wien den über 200 Delegierten und Gästen der Amsterdamer Richtung entgegenschlagen. Der Eindruck auf die Kongreßteilnehmer davon muß stark gewesen sein.

Die Gewerkschaftsinternationale ist bekanntlich nach dem Weltkriege im Jahre 1919 neu errichtet und ihr Sitz nach Amsterdam verlegt worden. Wenn die Moskauer Allrussische Beherrscher nicht auch in gefährlicher internationaler Gewerkschaftspieserei machen würden, gäbe es keine „Amsterdameri“, die von den Moskauern als gelb ausgegeben eine nicht zu überbietende Frechheit gewesen ist. Daß dem IGB, aus diesen Verleumdungen und der Überfütterung der Massen mit phrasenhaften Behauptungen, die für die positive Gewerkschaftsarbeit immer verhängnisvoll sind, kein Schaden erwachsen wäre, kann nicht behauptet werden. Über die eingetretenen Rückschläge sind nicht überwiegend auf die Moskauer Brunnenerklärung zurückzuführen. Die von der kommunistischen Internationale geschaffene Rote Gewerkschaftsinternationale hat die unternommenen Versuche, zu einer gewerkschaftlichen Einheitsfront zu gelangen, scheitern lassen an ihren gestellten Voraussetzungen. Das dann von einzelnen russischen Gewerkschaften versuchte Eindringen in die einzelnen Berufsinternationalen ist so aut wie erfolglos geblieben. Die Gewerkschaftsinternationale kann eben kein Richtungs-potpourri sein.

Der IGB konnte zum Wiener Kongress nur noch 16 528 072 Mitglieder in 22 Ländern aufweisen, auf dem Kongress in Rom waren aber 23 907 059 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vertreten. Gerade einem Artikel von Robert Dörmann in der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen wir Einzelheiten über die Mitgliederbewegung: Eine Mitgliederzunahme verzeichnen in den letzten Jahren Bulgarien, Jugoslawien, Österreich und Ungarn; leidlich gehalten haben sich die Gewerkschaftsorganisationen in Belgien, Dänemark, den Niederlanden, Polen, Spanien und Schweden, während Deutschland ein Viertel, England rund ein Drittel, Frankreich und die Tschechoslowakei die Hälfte, Italien fast neun Zehntel ihres Mitgliederbestandes verloren. Dörmann bemerkt zu diesem Ergebnis: „Es führt zu weit, den Ursachen dieser Mitgliederverluste hier im einzelnen nachzugehen. Die Gewerkschaften eines jeden Landes haben die erste Pflicht, alles anzusetzen, um erlittene Schäden baldmöglichst auszuweichen.“

Diese Ursachen kurz zu berühren, führt aber gar nicht zu weit. National wie international hat es nach dem Weltkriege ein hochwasserartiges Anschwellen der Gewerkschaften gegeben. Eine Periode der Konsolidierung unter Mitgliederverlusten war unausbleiblich. Die vom Jahre 1922 an stärkere Weltkrise hatte dann weiteren Mitgliederrückgang im Gefolge. Die Moskowiterei hat Norwegen ganz und Frankreich halb verschlungen und sonst noch in manchem Lande eine tüchtige Abzupfung gebracht. (Argentinien und Peru werden aus anderen Gründen von Amsterdam zurückgetreten sein; Jugoslawien, Rumänien und Palästina sind dafür hinzugekommen.) Die Berufsabwanderung, die z. B. bei uns Buchdruckern eine sehr große Rolle spielt, kann im Rahmen der Gewerkschaften eines ganzen Landes eigentlich nicht von Bedeutung sein für den allgemeinen Mitgliederrückgang, denn es findet doch nur eine Verschiebung von Mitgliedern statt. Eine bisher noch wenig beachtete Ursache für die Entfremdung von den Gewerkschaften dürfte in der Überspannung des Industrieverbandsgedankens zu erblicken sein. Vernünftigerweise muß zwischen Industrieverband und Industrieverband unterschieden werden. Man macht aber bei uns in Deutschland den Industrieverband oft zum Schlagwort und häufig zum Dogma. Gerade Robert Dörmann hat hier mit seiner Resolution vom Gewerkschaftskongress 1922 in Leipzig in die Sackgasse geführt. Niemand weiß damit etwas Neues anzufangen, und in Leipzig selbst war es schon heraus, daß damit ein Beschluß begangen ist. Auf den Industrieverband festzusetzen, ist in den großen Staaten des Auslandes nicht üblich, in den kleinen Ländern aber wird der Industrieverband als Zweckmäßigkeitsfrage aufgefacht, die sich auch danach regelt, wie die in Betracht kommenden Unternehmerrgruppen hinsichtlich Organisation und Kapitalbildung dastehen, was schon manchmal gegen den Zusammenschluß im Industrieverband gesprochen hat. Wenn der Deutsche Metallarbeiterverband Ende 1923 mit 1 533 106 Mitgliedern 209 414 weniger hatte als Ende 1922, also 16,6 Proz. Rückgang, so ist das etwas ganz anderes, als wenn der Verband der Deutschen Buchdrucker bei 6000 Mitgliederverlust die Zahl seiner Berufsabwanderungen seit dem Weltkriege mit 22 000 abschließt. In der Anknüpfung der Konjunktur kann sich für 1923 doch so leicht kein Gewerbe den Buchdruckern gleichstellen, am wenigsten die Metallindustrie. Deshalb sind unsre 8 Proz. Rückgang alles andere als Gewerkschaftsentfremdung. Was aber seit Kriegsende im Metallarbeiterverband ein- und ausgegangen ist, muß fabelhaft sein. Wie sollen sich in einem so ungeheuren Organisationskörper denn die vielen Hunderttausende früherer Unorganisierter einwachsen? Man kann bei solchen enormen Mitgliederzahlen nur von einer seelenlosen Masse reden, in der das Mitbestimmungsrecht und die Führungsansprüche untereinander naturgemäß schon wesentlich eingeschränkt sein muß. Wie oft hört man von gewerkschaftlich beschlagenen Leuten schmerzliches Bedauern, daß mit dem Wachsen in die Breite das Wachsen in die Tiefe aufhöre. Der Industrieverband ist aber wahrhaftig kein Heilsbrunn, um den Breitenrat mit der Tiefmessung gleich zu bekommen! Die deutschen freien Gewerkschaften sind nach der vorläufigen Statistik von 8 077 175 Mitgliedern am Schlusse von 1922 auf 6 536 725 Ende 1923 zurückgegangen, also um 19,1 Proz. Unter den verschiedenen Ursachen hierfür sollte man ja nicht den Industrieverband mit seinem Janussgesicht vernachlässigen! Auf dem sozialdemokratischen Parteitag leht hat der Vorsitzende Hermann Müller unter viel Zustimmung erklärt, es sei absolut notwendig, wieder zu kleineren Wahlkreisen zu gelangen. Es erscheint notwendig, mehr den persönlichen Zusammenhang zwischen den Kandidaten und der Wählerschaft herzustellen, weil dann auch mehr Arbeit geleistet werde zur Erfahrung der Schichten, die heute noch für uns zu holen seien. Das kann man auch gelten lassen für die Gewerkschaften in der Frage der so unpersonlichen Industrieverbände.

Über die Ausbreitung des IGB, soll noch angeführt werden, daß der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale 19 Landesverbände in Europa

und je einer in Asien, Nordamerika und Afrika angehören. Die nordamerikanischen Gewerkschaften haben sich bekanntlich auf Combers' Betreiben vom IOB. vor einigen Jahren losgesagt, weil die Amsterdamer Richtung zu rot sei. Moskau behauptet das gerade Gegenteil. Demzufolge seien diese Länder außerhalb Mexiko und Zentralamerika werden gegenwärtig von einem Sekretär des IOB. persönlich für den Anschluß bearbeitet.

Nach zweitägigen Vorberaten des Vorstandes und der internationalen Berufssekretariate, in der auch die „Russenfrage“ eine gewichtige Rolle spielte, um zu einer einheitlichen Behandlung auch im einzelnen zu gelangen, wurde der Kongress am 2. Juni unter dem Vorsitz des Belgiers Mertens eröffnet. Derselbe machte zum Geschäftsberichte ergänzende Bemerkungen dahingehend: Der Friedensvertrag von Versailles bringe in seinem Abschnitt 13 zum erstenmal die offizielle Anerkennung der sozialen Arbeiterforderungen. Insbesondere wurde der Achtstundentag fast überall durchgeführt. Seit 1920 bemühen sich aber Unternehmer und Regierungen, diese Reformen wieder rückgängig zu machen. Die Gewerkschaftsinternationale veranstaltete Unterstützungsaktionen zugunsten der österreichischen, der russischen und der deutschen Arbeiterschaft. Für die deutsche Arbeiterschaft wurden rund 500 000 Gulden aufgebracht. Die Leitung des Kongresses wurde sodann dem Engländer Purcell übertragen. Eine lange Debatte entspann sich sogleich über die Russenfrage. Bromley, Generalsekretär der englischen Gewerkschaften, verlangte die Fortsetzung der Verhandlungen mit der russischen Gewerkschaftszentrale. Timmen unterstützte den Antrag. Das rief Entrüstung bei der französischen Delegation hervor. Graßmann erklärte unter großem Beifall der Kongressmehrheit: Trotz ihrer Bedenken haben die deutschen Gewerkschaften den Rapallovertrag gebilligt, aber die Russen haben nicht aufgehört, den Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften zu führen. Graßmann erinnerte an das infame Rezept Lenins: Gift, Schläubert, illegale Methoden, Verheimlichung der Wahrheit anzuwenden, um in die Gewerkschaften einzudringen und diese der kommunistischen Partei unterzuordnen. „Wir sind bereit,“ so schloß Graßmann, „uns mit den Russen zu verständigen in dem Augenblick, wo sie den Kampf gegen Amsterdam einstellen und Garantien geben zur Anwendung anständiger, legaler Methoden.“ Die Dänen und die Franzosen sprachen sich nochmals gegen Verhandlungen mit den Russen aus, während ein englischer Delegierter den englischen Standpunkt verteidigte; weil man dort von praktischen Erfahrungen mit den Kommunisten nichts weiß, was alles erklärt. Später referierte Dubegeest über die internationale Sozialgesetzgebung. Bromley erklärte im Namen der Engländer, daß das Programm von Dubegeest nur als mäßige Nachschlagszahlung angesehen werde und in der Kommission Ergänzungsvorschläge ausgearbeitet werden müßten. Der italienische Delegierte Taragona wandte sich dagegen, daß auch der Generallstreik gegen den Krieg unter den gedruckten Vorschlägen des Referenten enthalten sei. Er stehe dem Generallstreik skeptisch gegenüber. Aufklärungspropaganda gegen den Krieg und besonders die Erarbeitung der staatlichen Machtmittel durch die Sozialdemokratie seien beste Garantie gegen die Kriegsgefahr. Sodann berichtete Mertens (Belgien) über den Kampf um den Achtstundentag. Er legte dar, daß die Einwände der Unternehmer gegen den Achtstundentag, namentlich die Behauptung, daß der Achtstundentag die Produktion verringere, unrichtig sind. Die Verringerung der Produktion liege nicht am Achtstundentag, sondern daran, daß im Kriege der Produktionsapparat zugrunde gerichtet wurde und nach dem Kriege keine modernen Produktionsmethoden eingeführt wurden. Der Achtstundentag müßte international mit allen Machtmitteln verteidigt werden. In der Debatte sprach Benozzi (Italien) und erklärte, die Staffener würden alles tun, um den Achtstundentag zu erhalten. Am dritten Kongrestage tagten nur die Kommissionen.

Am vierten Tage erstattete Dubegeest (Holland) den Bericht der Kommission über die Beziehungen der Gewerkschaften zum Internationalen Gewerkschaftsbund. Die von der Kommission gefaßten Beschlüsse bestätigen die Beschlüsse der Konferenz der Berufssekretäre vom 9. November 1923, die in der Hauptsache besagen, daß die Sekretariate verpflichtet seien, in jedem Falle vor der Aufnahme von Organisationen, die nicht einer dem Internationalen Gewerkschaftsbund angehörigen Landeszentrale angeschlossen sind, sich mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund in Verbindung zu setzen. Es wurde vorgeschlagen, daß dem Vorstand drei Berufssekretäre angehören, die von einer Konferenz der Berufssekretäre gewählt werden. Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrags auf Vertretung der internationalen Berufssekretäre im Internationalen Gewerkschaftsbund mit 41 gegen 11 Stimmen. Der Gesamtbericht der Kommission wurde einstimmig angenommen.

Graßmann (Berlin) erstattete darauf den Bericht der Kommission bezüglich der Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung. Unbeschadet der Personation wie der sonstigen Verbindungen der Gewerkschaften mit den sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern hatte die Kommission festgestellt, daß

die Gewerkschaften grundsätzlich unabhängig seien von jeder Partei. Diese Stellungnahme schließt ein, daß ein Zusammengehen mit den Kommunisten schon deshalb unmöglich sei, weil diese die Unabhängigkeit der Gewerkschaften nicht anerkennen, sondern die Herrschaft über die Gewerkschaften beanspruchen. Dem Kommissionsbericht von Leipart (Berlin) lag eine Entschliessung zugrunde, in der es heißt: „Das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse durch organisierte Selbsthilfe. Staatliche soziale Reformen sowie Gesetze zum Schutze der Arbeiter sind geeignet, die Tätigkeit der Gewerkschaften wirksam zu ergänzen, ihre Erfolge zu festigen und ihren Kampf zur Beseitigung der Lohnsklaverei und der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise zu erleichtern. Neben ihrem Kampfe für die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und für die Verwirklichung ihres Mitbestimmungsrechts in der Wirtschaft müssen die Arbeiter sich auch die nötige politische Freiheit und ihren unbeschränkten Einfluß im Staatsleben erkämpfen. Die Führung dieses politischen Kampfes ist Aufgabe der politischen Arbeiterpartei. Die Gewerkschaften müssen zu diesem Zwecke gleich den Unternehmern auf den Staat einwirken, ohne deshalb in den Dienst irgendeiner Partei zu treten. Da jedoch die Arbeiterparteien, die sich zur Demokratie und dem Sozialismus bekennen, die Forderungen der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit vertreten, stehen die sozialdemokratischen Parteien den Gewerkschaften am nächsten. Die Kommunisten lehnen den gewerkschaftlichen Kampf ab. Die Spaltung der Gewerkschaften in einigen Ländern ist ihr Werk, die Errichtung einer roten Gewerkschaftsinternationale zur Bekämpfung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ihr Ziel. Die Gewerkschaften aller Länder werden durch die kommunistische Taktik gezwungen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, um die Zerstörung ihrer Organisationen zu verhindern.“ Die Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Über „Krieg und Militarismus“ referierte der Franzose Souhaur unter großem Beifall. In einer Entschliessung wird die organisierte Arbeiterschaft erneut verpflichtet, sich jedem künftigen Krieg zu widersetzen durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie, Verweigerung des Transports von Kriegsmaterial, durch wirtschaftlichen Boykott sowie durch Generallstreik. Sie beauftragt das Bureau des IOB., seine passivistischen Bewegungen fortzusetzen und ersicherlich auf die Jugend und aufstrebend auf die Frauen zu wirken. Der Kongress beschloß, den 21. September 1924 als internationalen Antikriegstag zu begeben.

Am letzten Sitzungstag erstattete Mertens den Bericht der Kommission für den Achtstundentag. Eine Resolution über die Verteidigung des Achtstundentages (internationale Kampagne) wurde angenommen.

In der Reparationsfrage wurde beschlossen, daß der IOB. alles unternimmt, damit ein endgültiger Vertrag zustande komme, der die Reparationen regle. Eine neue Klausel wurde aufgenommen, die die Rechte der deutschen Arbeiter schützt. Der IOB. wurde beauftragt, seine Besprechungen mit der Sozialistischen Internationale fortzusetzen, um die vorstehenden Forderungen durchzusetzen. Diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen.

Dann erfolgten die Wahlen: Zum Vorsitzenden des Vorstandes wurde an Stelle von Thomas (England), der inzwischen Minister geworden, Purcell (England) gewählt. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Souhaur (Frankreich), Mertens (Belgien), Leipart (Deutschland); zu Sekretären Brown (England), Dubegeest (Holland) und Cassenbach (Deutschland).

Mit dem Rufe: „Es lebe die Internationale!“ ging der Kongress auseinander, von dessen Arbeit hier nur ein skizzenhafter Bericht gegeben werden konnte. Er wird aber genügend orientieren.

In der Woche nach Pfingsten fand in Berlin der lange erwartete Reichsparteitag der deutschen Sozialdemokratie statt, der erste seit der Wiedervereinigung mit der USP. im Oktober 1922. Bemerkenswert ist, daß die SPD. damals 1 174 105 Mitglieder zählte, die USP. 290 762, von denen aber 84 757 das Vereinigungswort nicht mitemachten, sondern entweder bei den Kommunisten landeten oder bei Theodor Liebknecht (neue USP.) und bei Ledebour (Sozialistischer Bund) sich verpflanzten. Wenn jetzt 1¼ Millionen Mitglieder in 500 Ortsgruppen vorhanden sind, so würde die Abnahme nur 120 000 betragen. Mit der Zahl der Reichstagswähler ist das aber ganz anders.

Die SPD., an der am 14. Juni am Schluß des Parteitag diese Wiedertaufe vollzogen wurde, um die in den vier Buchstaben USPD. sich ausdrückenden schmerzlichen Erinnerungen an den gegenseitigen Kampf von 1916 bis 1922 auszulöschen, kann sich mit ihrem Zeitungswesen sehen lassen. Im letzten Vierteljahr 1923 gab es allerdings auf dem Zeitdrucken gebiete viele Tote: „Neue Zeit“, „Der wahre Jakob“, „Die Gleichheit“, „Gemeindepolitik“, das Mitteilungsblatt des Parteivorstandes und das für Beamten. Durch Neuerscheinungen unter andern Namen sind die entstandenen Lücken meistens schon wieder ausgefüllt. Die eigentliche sozialdemokratische Presse ist jetzt doppelt so stark als im Jahre 1914. Die Leserschaft hat den Friedensstand ebenfalls überschritten. Im ganzen

sich es 169 sozialdemokratische Zeitungen, 104 davon werden in eigenen Druckereien hergestellt. Diese haben 121 Rotationsmaschinen, 24 Schnellpressen und 288 Schmalmaschinen im Betrieb. Schade, daß aus dem Bericht des Hauptkassierers nicht zu ersehen ist, wie stark das technische Personal in den Parteibetrieben ist. Die Reichstagswahl, an sich der SPD. 45 000 Mk. kostend, hat einen ganz erheblichen Druckaufwand notwendig gemacht; zwei Millionen bunte Flugblätter stehen obenan.

Daß dieser nur vier Tage (11. bis 14. Juni) in Anspruch nehmende Parteitag im Zeichen einer an Zahl und Energie beträchtlichen Opposition stehen würde, wurde ohne weiteres erwartet. Das zu lange Mitgehen mit der Cuno-Regierung bei der Koalition und darauf die Zustimmung zu den Streikemännchen Ermächtigungsgesetzen, mit denen Sachsen und Thüringen dann gefangen, Bayern aber laufen gelassen wurde, haben ja auch in den Kreisen, die sich nicht berufsmäßig auf die Oppositionsseite schlagen, um wenigstens so zu mehr Geltung zu kommen, stark verhängt. Der schlechte Ausfall der Reichstagswahlen namentlich im Westen wird darauf in erster Linie zurückgeführt. Die Frage der Koalitionspolitik weniger, denn hier ein Dogma aufzustellen, wäre ebenso verkehrt, als den Industrieverband als die höchste gewerkschaftliche Weisheit auszugeben. Zahlenmäßig hatte die Opposition denn auch ein Drittel vom Parteitag aufzuweisen, aber so, wie man in Leipzig immer gern seine besondere Nummer haben möchte, so sah es im allgemeinen mit der Opposition nicht aus. Es wirkte nämlich höchst aufklärend, als ein Delegierter aus Bielefeld ausführte, Minderheit und Mehrheit hätten manchmal stündlich in der Reichstagsfraktion gewechselt, wie denn ja bei der politischen Hochspannung unserer Zeit nicht nach einem Schema von Anno dazumal gehandelt werden könne (also auch keine ständige Opposition nach altem Schema denkbar sei); auch in der Frage der großen Koalition seien Mehrheit und Minderheit der Abgeordneten durcheinandergelaufen, die beiden Fraktionsvorsitzenden Müller und Dittmann seien in der Frage des Ermächtigungsgesetzes gegen die Mehrheit gewesen. Des Parteivorstehenden Wets eindrucksvolle Rede zum Bericht des Parteivorstandes mit der Betonung: „So viel Abspaltungen, so viel Mißerfolge der Arbeiterpartei“, und mit seiner gründlichen Kennzeichnung der Kommunisten („Ihre ganze politische Weisheit besteht im Propagieren“) hat jedenfalls auch manche falsche Vorstellung hinweggeräumt. Hermann Müller und namentlich Hilferding leisteten als Referenten Vorzügliches. Die wichtigste Frage der inneren Politik sei die des Achtstundentages, für den wir uns aus schwerwiegenden volkswirtschaftlichen Gründen einsetzen. Auch bürgerliche Nationalökonomien seien der Auffassung, daß das Verkürzen der Arbeitszeit keine Verteuerung der Produktion bedeutet, sondern daß sie kompensiert werde durch erhöhte Intensivierung und durch Verbesserung der Arbeit. Brentanos Wort: „Kurze Arbeitszeit und hohe Löhne bedeuten billige Arbeit“, sei bis heute nicht widerlegt und könne nicht widerlegt werden. Deutschland müsse nach England und Frankreich das Washingtoner Abkommen ratifizieren, sonst müsse der Achtstundentag durch Volkentscheid festgesetzt werden. Die Lohnfrage sei ebenfalls zu einem ausschlaggebenden politischen Faktor geworden. Die Besetzung des Reichsarbeitsministeriums und der von diesem eingesetzten Vorsitzenden der Schlichtungsämter äußere sich in jedem Haushalte. So und ähnlich sprach Hilferding und rief härtesten Eindruck hervor. Seine Rede soll auf einstimmigen Beschluß als Broschüre erscheinen. Von den oppositionellen Rednern Toni Sender, Dittmann usw.) ist jedenfalls Dr. Levi mit seinem Schlußsatz: „Unsre negativste Politik ist die positivste, weil sie Arbeiter und Intelligenz zusammenschweißt“, am wenigsten beizupflichten.

Daß nur ein Reichsparteitag den bösen Streit der in zwei Lager zerfallenen sozialdemokratischen sächsischen Landtagsfraktion schlichten konnte, wußte man im voraus. Auch die dazu angewandte Methode, die Sachsen mit ihrem Streit nur zu hören und dann von Nichtsachsen die Entscheidung fällen zu lassen, war am ehesten zum Ziele führend.

Wie wieder Parteisplaltung, das scheint das treibende Moment bei den nicht immer glatten Debatten gewesen zu sein. Das ist auch vom gewerkschaftlichen Standpunkte zu begrüßen, denn es hat dadurch schlimme Seiten auch für die gewerkschaftliche Arbeit gegeben.

Von Buchdrucker tagungen über Pfingsten sind zu nennen der Gantag von Mittelrhein in Mannheim, der Gantag von Ostpreußen in Königsberg und der Gantag von Schleswig-Holstein in Flensburg. So viel wir wissen, ist auf jedem dieser Gantage ein Vertreter des Verbandsvorstandes zugegen gewesen. Der Verlauf hat unsre Organisation auch in so wichtigen Gebietsstellen wieder in guter Verfassung gezeigt und bildet ebenfalls eine Befestigung für die ungemein schnelle Erholung nach der starken Ausbuchtung durch die Inflationsveft. Es ist trotzdem stärkere und planmäßigere gewerkschaftliche Durchdringung der Mitglieder vorzusehen werden. Darin hat ja auch das Schindluderstück mit der Mark Unterbrechung eintreten lassen.

Der sächsische-bismarckische Junabdruckertag in Chemnitz, der aus vier Gauen besetzt war und ebenfalls einen Vertreter der Verbands-

leitung anwesend sah, war die erste größere Veranstaltung unserer Lehrlingsorganisation. Ihr Gelingen wird gewiß noch andre solche Tagungen im Gefolge haben. Der ungleiche Stand der Lehrlingsorganisation wird durch einen derartigen Antrieb leichter zu einem Ausleich gebracht werden können. Daß die Notwendigkeit einer Lehrlingsordnung und die Schaffung freierer gesellschaftlicher Vorbedingungen dazu so in den Vordergrund gerückt wurde, ist erquicklich. Der Junabdruckertag hat auch den amtlichen Reichsstellen gesagt, was von ihnen erwartet werden müsse. Die Chemnitzer Veranstaltung war gut vorbereitet und machte mit einer hübschen Festschrift usw. den Eindruck einer ganz zunftgemäßen Verbandsfeier. Mancher Lehrlingsgriesgram hätte Gelegenheit gehabt, seine antiquierten Anschauungen über das Lehrlingsorganisationswesen zu modernisieren.

Der belgische Buchdruckerverband hat über Pfingsten in Brüssel seine Generalversammlung abgehalten und damit die Feter des 26jährigen Bestehens dieser Mitalliedschaft verbunden. Zum ersten Male war auch unser Verband zu einer Tagung der belgischen Organisation eingeladen. Ein Mitallied der „Korr.“-Redaktion wurde mit der Vertretung beauftragt. Nun sind auch die letzten Schatten gewichen, die vom Weltkrieg her sich zwischen diesen beiden Buchdruckerorganisationen abgelagert hatten. Was Militarismus und Kapitalismus angerichtet haben, diesem Weltbrama gegenüber kann es nur den zu entscheidenden Tat bereiten Vorschlag geben: Nie wieder Krieg! Kampf dem Kapitalismus! Die Tage von Brüssel, wo noch drei Buchdruckerverbände und die Buchdruckerinternationale vertreten waren, waren nicht nur von bestem Buchdruckergeist erfüllt, sie ließen auch die Einmütigkeit der Teilnehmer in diesem Vorschlag erkennen. Es wird noch ein besonderer Bericht über die Tagung in Brüssel erscheinen.

Die Schweizer Kollegen hielten über Pfingsten in Bellinzona-Lugano Tagungen ab. Man redete dort gleich in drei Sprachen. Ein spezieller Bericht wird näheres besagen.

Diese großen und kleinen, weiter oder näher gelegenen Tagungen im Verein mit den in der vorigen Nummer besprochenen und gewürdigten Pfingsthoftagungen können und müssen der Arbeiterklasse neue Impulse geben. Die Sorgen von morgen erscheinen trotz der Geldkrisis doch nicht mehr so beklemmend. Die von aller Welt zwar erwartete Annahme, nur in Deutschland von den wahrhaft nationalen Volksgenossen, einschließlich der Kommunisten, aber befürwortete Ablehnung des Sachverständigenautachtens hat ja schon der deutschen Goldbilanzenbank einen Zusatzkredit von 20 Millionen Dollar aus Amerika verschafft, d. h. eine Verfüllung des bisherigen Betrages. Mit der Annahme des Sachverständigenautachtens ist auch die Währungsstabilität so gut wie erreicht. Daran kann ermaßen werden, wie volksfeindlich die Gegner des Dawes-Zahlungsprogramms für Deutschland gegen ihr eigen Land gewillt haben. Einige große Industrien stehen ja schon vor der Gewähr von amerikanischen Sonderkrediten. Wenn bei uns die Geschäftsmoral wieder zurückerobert werden kann, wobei aber sehr hoch gestiegen werden muß, wenn dem genialen und mutvollen Schacht aus den Kreisen der Grohverdiener weniger Widerstand erwächst, wenn weiter das Reichswirtschaftsministerium sich nicht noch einmal so blamiert wie mit der Textilenquote (mit der Lederenquete wird es nicht anders werden!), wo die Überpreismacher nun noch oben auf sitzen, sondern wenn es so vorgeht, wie mit der zehnprozentigen Preiszwangsüberabsetzung beim Mitteldeutschen Braunkohlensyndikat — dann wird die deutsche Wirtschaft doch noch gerettet werden. Die deutsche Arbeiterschaft muß diesem Selbstverfahren förderlich sein in ihrem eigenen Interesse. Sie kann es um so besser, wenn auf gewerkschaftlichem wie auf parteipolitischem Gebiete nicht kein feiner Bruder Abel erschlägt, und wenn bei der Masse wie bei den Führen Aktivität vorhanden ist ohne Parolen oder Schlagwortpolitik.

Soziale Monatschau

In dem Maße, als die Wirtschaftskrise in den einzelnen europäischen Staaten abflaute, gestaltet sich die soziale Bewegung lebendiger und zieht eine aufwärtsgehende Tendenz. Die sozialen Ausbrüche sind zwar in den Ländern, die, wie gegenwärtig Deutschland, unter einer scharfen Wirtschaftskrise stehen, viel heftiger, doch sind diese zumeist Akte der Verzweiflung oder dienen ausschließlich der Verteidigung und der Abwehr.

So war der Zweck der großen Arbeitskonflikte der letzten Zeit in Deutschland, an erster Stelle der große Bergarbeiterstreik, aber auch der der Streiks in der Metall-, Pan-, Gemischen und Textilindustrie, die Anerkennung des Achtstundentages bzw. der Erhebungsentscheid für den Bergbau, die entsprechende Bezahlung der Überarbeit und die Erhöhung der vollkommen unzureichenden, unter dem Friedensstand stehenden Löhne. In anderen Ländern, wo die Wirtschaftskrise weniger zum Teil überwunden ist, konnten die sozialen Kämpfe auch weiter-

nehenden Zwecken dienen. Für eine konstruktive Politik auf dem Gebiet der sozialen Bewegung ist die Zeit immer noch nicht gekommen. Die Probleme der industriellen Selbstverwaltung kommen kaum zu Worte — seit längerer Zeit hörten wir von diesem Plan wieder auf dem Kongress der schottischen Gewerkschaften —, sonst sind es nur verschiedene Fragen der Lohn- und Sozialpolitik, die den Inhalt der sozialen Kämpfe der verschiedenen Länder bilden.

Die Lage des Arbeitsmarktes war im Mai in den meisten europäischen Ländern ruhig. Der Beschäftigungsgrad zeigte im allgemeinen eine Tendenz zur Besserung. Die Arbeitslosigkeit ist in England, Dänemark, Österreich zurückgegangen. Selbst Polen hat den ersten Abschnitt der Stabilisierungskrise, die von ungeheurer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit begleitet war, überwunden und zeigt einen besseren Beschäftigungsgrad. In Deutschland war die Lage des Arbeitsmarktes im Mai weniger günstig als im April, wofür teils der Bergarbeiterstreik, teils aber die Geldschwierigkeiten der Unternehmungen, die ihre Betriebe oft einschränken mußten, verantwortlich waren. Der Ausfuhrhandel Deutschlands stößt infolge des hohen Preisniveaus immer noch, was sehr nachteilig auf den Arbeitsmarkt wirkt. Im Monat April hat sich zwar die Ausfuhr erhöht, aber nur in einem kleinen, ganz unzureichenden Ausmaß. (456 Mill. Goldmark im März auf 452 Mill. im April.) Die Maiskrisen dürften einen neuen Rückschlag zeigen. Krisenhaft Zustände werden aus dem Saargebiet und aus Luxemburg gemeldet, was mit der verschlechterten Lage des Stahl- und Eisenmarktes zusammenhängt. Diese Gebiete sind in erster Linie auf die Erzeugung von schwerindustriellen Produkten eingestellt, weshalb sie von der Verschlechterung der Lage in diesen Industrien in erster Linie berührt wurden. In den Vereinigten Staaten ist eine Wendung der Konjunktur eingetreten. Die bisherige Hochkonjunktur ist entschieden abgeklaut. Von einer Arbeitslosigkeit kann dort noch nicht die Rede sein, ja es sind die meisten Industriezweige noch sehr gut beschäftigt. Trotzdem ist in der bereits lange andauernden Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie der Südstaaten ein beträchtlicher Rückschlag des Beschäftigungsgrades im Reichslohlenbergbau hinzugegetreten. Die Automobilindustrie, welche zweieinhalb Millionen Arbeitern Beschäftigung gewährt, steht ebenfalls vor einer Krise. Der innere Markt ist bereits mit Automobilen überflüssig, und wenn dafür in der Ausfuhr kein Ersatz geschaffen werden kann, so droht den Arbeitern der amerikanischen Automobilindustrie die Arbeitslosigkeit.

Die allgemeine Lebenshaltung der Arbeiterschaft blieb in der letzten Zeit ziemlich unverändert. Die Kosten der Lebenshaltung und die Löhne sind überall ziemlich gleich geblieben. In den ersten Monaten des Jahres sind die Preise am Weltmarkt wesentlich zurückgegangen, wodurch die Realloöhne in den meisten Industrien sich im Wert erhöhten. Diese rückläufige Preisbewegung am Weltmarkt ist im Mai zum Stillstand gekommen. Die Realloöhne in Deutschland haben sich im April etwas gehoben. Die Preise sind hier, wenn auch in sehr geringem Umfang, zurückgegangen, während die Löhne in verschiedenen Industriezweigen erhöht wurden. So ist den Ruhr-Bergarbeitern eine Lohn-erhöhung von 20 Proz. durch Schiedspruch anerkannt worden. Trotz der ungünstigen Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage im Monat Mai mußten die Löhne erhöht oder wenigstens in der bisherigen Höhe gehalten werden, da sie an sich äußerst gering sind. Die Reichsindexziffer für Lebenshaltungskosten belief sich für den 28. Mai auf das 1,13fache der Vorkriegszeit, doch ist dieser Index für die richtige Beurteilung der Lebenshaltungskosten absolut unmaßgebend. Vielmehr kann man mit um 40 bis 50 Proz. verteuerten Lebenshaltungskosten gegenüber der Friedenszeit rechnen. Selbst der Staat mußte die Gehälter der Beamten ab 1. Juni erhöhen. Die Gehaltserhöhungen betragen 17,5 Proz. in den unteren, 45 Proz. in den mittleren und 60 bis 70 Proz. in den höheren Gruppen. So haben die unteren Beamtengruppen die große Ungerechtigkeit dieser Regelung zu beklagen und konnten sich mit ihr nicht abfinden. Die Spanne zwischen der unteren und der oberen Besoldungsgruppe ist enorm und kann in einem verarmten Staat nicht verantwortet werden. In den Vereinigten Staaten sind die Löhne infolge des geschwundenen Konjunkturrückganges wesentlich, oft um 10 bis 20 Proz., herabgesetzt. Trotzdem ist das Lohnniveau dort immer noch hoch. Es soll noch auf die Bestrebungen des Internationalen Verbandes der Diamantarbeiter nach internationaler Regelung der Löhne hingewiesen werden. Löhne und Tarife in den verschiedenen Ländern sollen einheitlich gestaltet werden, um auf diese Weise die Schwankungen des Beschäftigungsgrades und der Entlohnung auszugleichen. Das ist allerdings mechanistisch gedacht und überhaupt nur vorstellbar von einem so beschränkten Berufe.

In Bezug auf die Arbeitszeitfrage können wir außer den bereits erwähnten Verteidigungskämpfen in Deutschland, die im Prinzip am ehesten erfolgreich waren, auf folgende Vorkänge hinweisen: Der englische Arbeitsminister soll demnächst die Vorlage über die gesetzliche Einführung des Achtstundentages bzw. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens dem Parlament unterbreiten. In vielen Industriezweigen ist aber die Arbeitszeit weniger als 8 Stunden, und die Gewerkschaften dieser Industrien fordern die Beibehaltung der kürzeren Arbeitszeit. Auch wünschen die Handelsangestellten, die zurzeit noch eine längere Arbeitszeit haben, die Einführung des Achtstundentages für die Bureaus und Handelsniederlassungen. In Dänemark ist die sozialdemokratische Partei an das Ruder gekommen. Der sozialistische Arbeitsminister Vorbieren hat das Gesetz über den Achtstundentag bzw. die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens als dringende Aufgabe der Regierung in Aussicht gestellt. Da die Partei nicht über die Mehrheit verfügt, bedarf sie der Unterstützung der rechten Partei, die sich aber ebenfalls für den Achtstundentag ausgesprochen hat. In Schweden hat die Regierung eine staatliche Untersuchung über die Bedingungen des Achtstundentages in die

Weg geleitet. In Frankreich ist das Gesetz über den Achtstundentag auf die Papierindustrie ausgedehnt worden.

Unter den Arbeitskonflikten des vorigen Monats sind in erster Linie die großen Streikbewegungen der Bergarbeiter zu erwähnen. In Deutschland, Belgien und Ungarn wurden gleichzeitig große Kämpfe der Bergarbeiter geführt, die erst vor kurzem beendet wurden. Der große Konflikt im englischen Bergbau wurde friedlich beigelegt. Die staatliche Untersuchungskommission hat die Forderungen der Arbeiter als gerechtfertigt anerkannt, worauf die Unternehmer eintraten und sie zum größten Teil erfüllen mußten. Die Minimallohne wurden erhöht und der Anteil der Bergarbeiter am Gewinnüberschuß wurde zugunsten der Bergarbeiter verschoben. Eine wirkliche Lösung, die künftige Konflikte verhüten soll, wurde noch nicht gefunden. Sie wäre nur durch eine Vereinbarung der verschiedenen Bergwerke auf dem Wege der Sozialisierung zu erreichen. Vor kurzem ist der große Arbeitskonflikt Norwegens — zum Teil Streik, zum Teil Aussperrung von 70 000 Arbeitern — beendet. Die Arbeitgeber verlangten von den Gewerkschaften Sicherheiten gegen den Bruch von Tarifverträgen. Die Gewerkschaften hätten auch für Streiks, die ohne ihre Einwilligung ausgebrochen sind, die materielle Verantwortung tragen sollen. Sie sollten für einen jeden vom Tarifvertrag erfaßten Arbeiter eine Geldbürgschaft von 50 bis 100 Kronen erlegen. Als diese Forderung abgelehnt wurde, haben die Unternehmer im Monat Februar die Arbeiterschaft in einer Anzahl von Industriezweigen ausgesperrt. Die Gewerkschaften antworteten mit einem Solidaritätsstreik der Papier- und Zellulosearbeiter. Der Arbeitskonflikt konnte erst vor kurzem beigelegt werden, als die Unternehmer auf ihre Forderungen verzichteten. Ein neues Abkommen wurde vorerst noch nicht abgeschlossen, es wird darüber erst nach Wiederaufnahme der Arbeit verhandelt werden.

Aus dem Gebiet der europäischen Sozialpolitik ist folgendes hervorzuheben: Der englische Gesetzesentwurf über die Arbeitslosenfürsorge, der beinahe den Sturz der englischen Regierung verursachte, gibt dem Arbeitslosen während der ganzen Dauer seiner Arbeitslosigkeit ein gesetzliches Recht auf Unterstützung. Bisher hatte er nach einer gewissen Periode nur eine Gnadenunterstützung und wurde der Armenfürsorge überwiesen. Diese Hauptbestimmung entfesselte die größte Opposition der kapitalistischen Parteien. Es wurden außerdem die Unterstützungssätze erhöht und die Arbeitslosenunterstützung auch auf Arbeiter, die infolge eines Arbeitskonflikts beschäftigungslos wurden, ausgedehnt. Auch wurde die Wartzeit für die Unterstützung aufgehoben. Die Verfügung, derzufolge Jugendliche bereits vom 14. Jahr an Arbeitslosenunterstützung genießen sollen, wurde fallen gelassen. Der Minister des Innern wird demnächst einen Entwurf zur Verbesserung des Fabrikgesetzes unterbreiten. Das neue Fabrikgesetz soll die Nachtarbeit der Bäcker abschaffen, die gesundheitslichen Vorschriften in den Fabriken wesentlich verbessern, die Frauen- und die Kinderarbeit neu regeln. Das neue Wohnungsgesetz, das den Bau von 2½ Millionen Arbeiterhäusern in den nächsten 15 Jahren vorsieht, wurde dem Parlament immer noch nicht unterbreitet. Um die Mieten dieser Wohnhäuser niedrig zu halten, soll der Staat 40 Jahre lang jährlich 9 Pfund, die Gemeinden 4½ Pfund für ein jedes Haus besteuern. In Finnland ist ein Gesetz zur Regelung der Tarifverträge geschaffen worden. Der Abschluß von Tarifverträgen ist zwar noch nicht obligatorisch, werden solche aber geschlossen, so haben sie sehr weitgehende bindende Kraft und schließen Einzelarbeitsverträge aus. In Polen wurde ein Gesetz zum Schutze der Frauen- und Jugendarbeit geschaffen. Die Verhandlung der Vorlage über die Sozialversicherung in Frankreich hat noch vor Auflösung des Parlaments einige Fortschritte gemacht. Vom neuen Parlament mit seiner Linkschheit und seiner starken sozialistischen Partei ist die baldige Erledigung dieser bereits seit Jahren sich hinschleppenden Angelegenheit zu erhoffen. Auch sonst kann man mit einer erhöhten Tätigkeit auf dem Gebiet der französischen Sozialpolitik rechnen. Unter den Forderungen der Arbeiterpartei steht auch die Abschaffung der Lohn- und Umsatzsteuer.

Die Fragen der Ein- und Auswanderung stehen weiter auf der Tagesordnung und werden durch verschiedene Organisationen regelmäßig behandelt. Es tagte kürzlich ein internationaler Kongress für Ein- und Auswanderungsfragen in Rom. Statten ist bekanntlich an dieser Frage in erster Linie interessiert, da es große Massen von Auswanderern nach Frankreich und den überseeischen Staaten sendet. Aber auch Deutschland und England wie auch andre Staaten (Schweiz und die mittel- und osteuropäischen Länder) sind an der Auswanderung stark beteiligt. Es handelt sich in erster Linie darum, daß die einzelnen Staaten die Zahl der zugelassenen Einwanderer im voraus bestimmen sollen. Das neue amerikanische Einwanderungsgesetz ist durch die Unterschrift des Präsidenten in Kraft getreten. Die bisherige Gesamtquote von ungefähr 378 000 Einwanderern, die bereits die Folge einer sehr starken Einwanderung war, ist für das neue, am 1. Juli beginnende Rechnungsjahr auf etwa 165 000 vermindert. In diese Zahl sind die Kinder und Ehefrauen von amerikanischen Bürgern, die bisher noch in Europa waren, inbegriffen. Auf Deutschland entfallen von den 165 000 insgesamt zugelassenen Einwanderern 51 000, während bisher etwa 67 000 Deutsche jährlich zugelassen waren.

Korrespondenzen

Beim Generalversammlungen vom 1. Juni. Nach Entnommung einiger sozialistischer Mitteilungen wurden auf Vorschlag des Vorstandes der Arbeitlosen und Sozialisten und Schmitts folgende die früher üblichen 3 M. aus der Kasse bewilligt. Ein lebhaftes Dur und Wider leiste der erste Punkt der Tagesordnung aus: „Beschlussfassung über

eine Amnestie". Aus Anlaß des Streiks im November v. J. wurde eine größere Zahl von Kollegen aus der Organisation ausgeschlossen. Besondere Umstände und die damaligen verworrenen Verhältnisse ließen diese Kollegen von dem Wege gewerkschaftlicher Disziplin abweichen. Den Ausschluß fanden sie jedoch als zu hart und wandten sich daher mit Gesuchen an den Gau- und den Verbandsvorstand, um ihnen die Rückkehr zur Organisation zu ermöglichen. Die beiden Vorstände haben sich in gemeinsamer Sitzung mit der Sache befaßt und den Gedanken einer Amnestie in Erwägung gezogen. Kollege Braun präzipierte den Standpunkt des Gauvorstandes, der dahin ging, daß nur eine bedingte Wiederaufnahme in Frage kommen könne, und zwar bei solchen Kollegen, die sich seit dem November einwandfrei verhalten haben und von ihren Belegschaften zur Aufnahme empfohlen werden. Eine dahingehende Entscheidung unter Betonung, daß die Ausschüsse grundsätzlich zu Recht erfolgt seien, wurde schließlich mit großer Mehrheit angenommen. Beim zweiten Punkt: "Anträge zur Verbandsgeneralsversammlung", begründete Kollege Hetsch die Stellungnahme des Gauvorstandes. Die von den kommunistischen Kollegen zum Teil in Artikelform eingereichten Anträge behandelten Zeit- und Streitfragen der letzten Jahre. Wenn auch in einzelnen Teilen der Anträge die darin vertretenen Forderungen eine grundsätzliche Ablehnung nicht erfuhren, so fanden die Anträge dennoch keine Annahme. Zum Teil waren sie durch die Praxis überholt, andererseits gab man den Anträgen des Gauvorstandes den Vorzug. Nach längerer Debatte wurden die Anträge des Gauvorstandes gegen eine geringe Minderheit angenommen. Gleichfalls angenommen wurde ein Antrag, wonach bei Stichwahlen die Namen der Kandidaten nicht mehr nach dem Alphabet, sondern nach der in der Hauptwahl erhaltenen Stimmenzahl zu ordnen sind. Der letzte Punkt betraf die Veranstaltung eines Stiftungsfestes. Die wirtschaftlichen Verhältnisse als Folgeerscheinung eines verlorenen Krieges setzten den bisherigen Veranstaltungen ein Ende. Um den kollektiven Geist und den Zusammenhalt unter der Kollegenchaft zu fördern, lag dieser Antrag zur Abstimmung vor. Einer dementsprechenden Begründung schienen die kommunistischen Kollegen nicht zuzustimmen, denn sie verließen demonstrativ den Saal. Der Antrag wurde hierauf einstimmig angenommen.

Hamburg - Altona. (Mitgliederversammlung vom 3. Juni.) Die Abführung von dreimal je 500 M. an die streikenden Bergarbeiter wurde nachträglich aufgehoben, ebenso der für die in Hamburg ausgesperrten Schriftsetzerkollegen vom Vorstand ausgeschriebene Extrabeitrag von 1 M. Den Bericht von den zehntägigen Tarifverhandlungen erstattete Kollege Kunzler. Er besprach kurz die wichtigsten Änderungen gegenüber dem alten Tarif. Das neue Überzeittabkommen sehe eine Rücksprache mit der Betriebsvertretung bei Überschreitung der 48-Stunden-Woche vor und außerdem einen Zuschlag von 12 1/2 Proz. für die Mehrstunden. Die sich anschließenden Lohnverhandlungen endigten mit der Festsetzung eines Spitzenlohnes von 33,60 M.; damit sei der in Hamburg durch die letzte Bewegung errungene Spitzenlohn von 35 M. leider nicht erreicht. Örtliche Verhandlungen über die Lohnhöhe führten zu folgender Vereinbarung: „Um den tariflichen Boden für Hamburg wieder zu erreichen, wird der tarifliche Spitzenlohn ab 31. Mai 1924 von 33,60 M. anerkannt. Zum Ausgleich für den bisherigen, durch besondere Umstände herbeigeführten Spitzenlohn von 35 M. wird allen Gehilfen für die neun Wochen der Tariflohnperiode vom 31. Mai bis 1. August 1924 eine wöchentlich zu leistende Entschädigung von 1,40 M. in der Spitze gezahlt. Für alle anderen Klassen und das Hilfspersonal gelten die tariflichen Staffellagen.“ Redner meinte, daß die Anfang April überall im Reich ausgebrochenen Bewegungen sicher dazu beigetragen haben, bei den diesmaligen Verhandlungen nicht nur die Verschlechterungsanträge der Unternehmer abzuwehren, sondern hier und da noch Verbesserungen zu erreichen. Kollege Sander bemängelte aber, daß das Einmaschinenystem wieder nicht klar im Tarif verankert worden sei. Kollege Seidler teilte mit, daß im „Fremdenblatt“ die Überstunden nicht nach dem Lohn zusätzlich der 1,40 M. bezahlt werden sollten. Darauf seien die Überstunden verweigert. Diese Pfennigfucherei rief in der Versammlung lebhafteste Entrüstung hervor. Kollege Kunzler hielt es für selbstverständlich, daß auch für die Überstunden der Lohn plus Zuschlag gilt. Den Bericht der Antragskommission erstattete Kollege Meindorf. Die in vier langen Sitzungen gesichteten Anträge zum Verbandstag lagen den Kollegen gedruckt vor. Die Kommission ließ sich von dem Standpunkt leiten, daß parteipolitische Streitigkeiten vom Verbandstag ferngehalten werden müßten, daher müßten manche Anträge abgelehnt werden. Nur der rein gewerkschaftliche Standpunkt müsse maßgebend sein. Redner besprach sodann die einzelnen Anträge und bat zum Schluß um ebenso einstimmige Annahme wie in der Kommission. Nach einer ausgedehnten General- und Spezialdebatte, in der von kommunistischer Seite erneut Anträge eingereicht wurden, die aber der Ablehnung verfielen, wurden die von der Kommission vorgelegten Anträge mit einer geringfügigen Änderung angenommen.

Leipzig. Die am 4. Juni abgehaltene Gaumitgliederversammlung am 1. Juni hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Kollege Hesse hat nach dem Vereinsbericht. Im Anschluß an diesen brachte die Opposition eine Entschließung ein, in der gefordert wurde, daß das Gewerkschaftsstatut seinen Beschluß, die Räume des Volkshauses den Kommunisten nicht mehr zur Verfügung zu stellen, wieder rückgängig mache. Nach einer eingehenden Begründung durch den Kollegen Sauer und der sich daran anschließenden ausgedehnten Aussprache wurde die Entschließung abgelehnt. Als zweiter Punkt der Tagesordnung standen neun Anträge zum Verbandstage zur Beratung. Besonders weit betreffend Schaffung eines Industrieverbandes sind hier hervorzuheben. Beide Anträge wurden nach eingehender Begründung durch die Antragsteller

ohne Diskussion angenommen. Ein Antrag auf Schluß der Debatte hatte eine Aussprache über diese nur nicht konform gehenden Anträge unmöglich gemacht. Des weiteren wurden angenommen: ein Antrag der Deputierten betreffend Offiziers, ein solcher des Kollegen Rehnert betreffend Invalidentät und einer der Buchdrucker Esperantogruppe betreffend Einrichtung von Esperantokursen. Der Abstimmung verfielen die Anträge der Opposition betreffend Satzungsänderung, Tarif und Lohnpolitik sowie Internationale. Die Berichterstattung über die Tarif- und Lohnverhandlungen mußte wegen vorgerückter Zeit abgelehnt werden. Es wurde noch beschlossen, den Arbeitslosen und Invaliden zum Johannistfest eine Sonderunterstützung in Höhe von 3 M. zu gewähren.

München. Am 5. Juni fand eine außerordentliche Mitglie d e r v e r s a m l u n g statt, in welcher Gauvorsitzer Hemmerich (München) über die Tarifverhandlungen Bericht erstattete. Ausgehend von den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen, von der Beschneidung rechtsgerichteter Kreise auf die Forderungen der Arbeiterschaft, zeigte er die Schwierigkeiten der Verhandlungen auf dem Tarifgebiete, in der Lohnfrage sowie in der Arbeitszeit. Die einzelnen Verhandlungen wurden eingehend erläutert und für und Wider besprochen. Das Lohngebiet und die Lokalschlagsfrage hat Kollege Hemmerich auf Grund der für Nürnberg bestehenden Verhältnisse klargestellt und dabei besonders die Schwierigkeiten betont, welche sich einer Erhöhung des Lokalschlages entgegenstellen. Die Arbeitszeitfrage sowie die Verpflichtung, mit den Betriebsräten Rücksprache zu nehmen, fand eine Erläuterung. Es stellte Kollege Hemmerich am Schluß seiner Ausführungen fest, daß wohl nicht alle Wünsche der Gehilfenchaft in Erfüllung gegangen seien, der Tarifabschluss aber einen Fortschritt bedeute. Die Aussprache, an der sich zwölf Kollegen beteiligten, war eine außerordentlich scharfe, aber nur ein Redner ließ die Sachlichkeit vermissen, was vom Vorsitzenden gerügt wurde. Alle Redner stellten sich auf den Standpunkt, daß das Lohnabkommen für Nürnberg unannehmbar sei, weil die im April durch Anrufung des örtlichen Schlichters bewilligten Zulagen wieder in Abzug kommen, so daß teilweise die Kollegen über 2 M. Abzug sich gefallen lassen müßten. Eine besondere Erregung ergab sich über die Lokalschlagsfrage. Die am 4. Juni stattgehabte Betriebsräte- und Vertrauensmännerversammlung hatte sich schon mit der Frage beschäftigt und wurde die Stellungnahme der Betriebsräte von der Kollegenchaft aufgebehalten. Im Schlußwort gab Kollege Hemmerich nochmals eine Reihe von Aufklärungen und führte Beweise an, daß es nicht möglich war, die Wünsche der Kollegenchaft in ihrer vollen Form durchzusetzen. Er ermahnte die Kollegenchaft zur Einigkeit mit ihren Führern, um für die kommende Zeit alle drohenden Verschlechterungen abzuwehren. Der Vorsitzende Vater dankte dem Kollegen Hemmerich für seine objektive, Berichterstattung. In der folgenden Abstimmung wurde nachstehende Entschließung gegen zwei Stimmen angenommen: „Die am 5. Juni stattgehabte Mitgliederversammlung befaßte sich eingehend mit dem Tarifvertrag und dem neuen Lohnabkommen. Die Versammelten verkennen nicht die Schwierigkeiten, welche sich bei den Verhandlungen ergeben haben, finden aber in dem neuen Tarifvertrag noch nicht einen Ausleich für die im abgelaufenen Jahr eingetretenen Verschlechterungen. Es wird erwartet, daß die Organisationsleitung alle Maßnahmen ergreift, um nach Ablauf des abgeschlossenen Vertrages einen weiteren fortschrittlichen Ausbau des Tarifvertrages durchzuführen. Das Ergebnis der Lohnverhandlungen ist ungenügend und wirkt sich für die Nürnberger Kollegenchaft zum erheblichen Teile außerordentlich nachteilig aus. Die Versammelten ersehen in dem Lohnabschluss sowie in der Ablehnung unserer Forderung auf Erhöhung des Lokalschlages eine große Verschlechterung für den größten Teil der Mitglie d s c h a f t. Die Zustimmung zu dem Lohnabkommen und die Nichtberücksichtigung der Erregenschaften nach dem letzten Lohnabschluss empfinden die Nürnberger Kollegen als eine Strafe ihrer gewerkschaftlichen Disziplin anlässlich des letzten Lohnabkommens und bedauern, daß die Gehilfenvertreter dieser Lohnkürzung ihre Zustimmung gegeben haben. Die Versammelten lehnen das Lohnabkommen ab und beauftragen die Vorstandschaft der Mitglie d s c h a f t, sofort eine Vertrauensmänner- und Betriebsräteversammlung einuberufen, um die nötigen Schritte einzuleiten, die die Verschlechterungen abgewehrt werden. Der am Freitag, den 6. Juni, zur Auszahlung kommende Lohn ist nur unter Vorbehalt anzunehmen.“ Der Vorsitzende eruchte vor Schluß der Versammlung, daß die Kollegen trotz der Verärgerung über den Lohnabschluss den Weisungen der Organisation Folge zu leisten haben. Mit dem Versprechen, alles zu versuchen, um die vorhandenen Differenzen örtlich friedlich beizulegen, wurde die aufbesuchte Versammlung geschlossen.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

(50jährige Verbandsjubiläum)

Kollege Wilhelm Gimbel in Bremen (Kondition: Karl Schinemann).

Kollege Hermann Geber in Bremen (Kondition: „Weser-Zeitung“).

Kollege Friedrich Brinkmann in Bremen (Kondition: Gimbel).

Allgemeine Rundschau

Zur Arbeitsmarktlage im Buchdruckgewerbe. Die Arbeitslosen zahlung in unserm Gewerbe im Mai betrug sich auf 200 Zahlstellen. 24 Zahlstellen mit 2000 Mth. Gehalt fanden keinen Bericht an

die Druckverwaltung ein. Die Gesamtmitgliederszahl betrug 70 610. An Arbeitslosen wurden ca. 2429 (gegen 2622 im April). Die Zahl der Kurzarbeiter belief sich noch auf 129 in 27 Betrieben (gegen 189 in 48 Betrieben im April). Es arbeiteten verkürzt:

Bis zu 8 Stunden	23	Mitglieder in 6 Betrieben,
9 bis 16 Stunden	27	Mitglieder in 8 Betrieben,
17 bis 24 Stunden	77	Mitglieder in 10 Betrieben,
über 24 Stunden	2	Mitglieder in 1 Betrieb.

Gegenüber dem Vormonat ging die Zahl der Arbeitslosen um 180 zurück, die der Kurzarbeiter um 60.

Die neuen Druckpreise für Absenzen. Unter Absenzen sind Druckarbeiten für den geschäftlichen, amtlichen, gesellschaftlichen und Familienverkehr zu verstehen, zu deren Satz man in der Regel Absenzen-, Titel- oder Plattschriften, Linien, Einfassungen oder sonstiges Schmudmaterial verwendet, die ein- oder mehrfarbig gedruckt werden. Auch Formulare, Prospekte und ähnliche Arbeiten, selbst wenn sie in großen Auflagen gedruckt werden, ferner die vorwiegend aus Broschüren zu lebenden Arbeiten kleineren Umfangs, wie Statuten, Arbeitsordnungen, Rechenschaftsberichte, Sachhaltungspläne, Broschüren verschiedenen Inhalts usw. gehören zu den Absenzen. Sind die letzteren Arbeiten jedoch von größerem Umfang, z. B. 6 Bogen und mehr, so fallen sie unter die Berechnung für Kataloge, Preislisten und ähnliche Arbeiten größeren Umfangs. Nach der ab 31. Mai d. J. gültigen Erhöhung des Druckpreistarifs durch den Deutschen Buchdrucker-Verein um weitere 10 Proz. ergeben sich nun für Absenzen folgende Verkaufspreise für je eine Satzstunde (einschließlich Ablegen):

	in Orten mit einem Drucksatztag von		über 17 1/2 Proz.	
	unter 10 Proz.	10 bis 17 1/2 Proz.	10 bis 17 1/2 Proz.	über 17 1/2 Proz.
a) bei einfacheren Arbeiten	2,25	1,25	2,00	1,40
b) bei besseren Arbeiten	2,75	1,50	2,00	1,65

Der tarifliche Reichsdurchschnittslohn für eine Stunde beträgt gegenwärtig 58 Pf. gegen 50 Pf. im Jahre 1912. Daraus ergibt sich, daß der heutige Verkaufspreis einer Satzstunde durchschnittlich das Bier-einhalbfache des durchschnittlichen Stundenlohnes gegenüber dem Zweieinhalbfachen im Jahre 1912 beträgt. Während also der durchschnittliche Stundenlohn unter Berücksichtigung des Achtfundentages sich nur um 16 Proz. erhöht hat, ist der Verkaufspreis für eine Satzstunde um 80 Proz. höher geworden. Die Preise für Formschließen, Zursichtung, Farbwechsel und Druck, für die infolge der Änderung der Maschinenklassen im neuen Preistarif ein Vergleich mit den Friedenspreisen nicht ohne weiteres möglich ist, sind heute folgende:

Maschinenklasse	Formschließen u. Zursichtung pro Stunde	Farbwechsel	Vordruck für je 1000	
			schwarz	bunt
1 Kleiner Ziegel mit einem Papierformat bis zu 190 qcm	1,85	1,45	2,50	3,10
2 Kleiner Ziegel mit einem Papierformat bis zu 280 qcm	2,35	1,75	3,30	4,15
3 Mittlerer Ziegel mit einem Papierformat bis zu 700 qcm	3,05	3,05	4,55	5,70
4 Großer/schwerer Ziegel u. einem Papierformat b. zu 1750 qcm (35 x 50 cm)	3,75	3,75	6,05	7,60
5 Kleinste Schnellpresse m. einem Papierformat bis zu 1750 qcm (35 x 50 cm)	4,00	4,00	6,75	8,95
6 Kleine Schnellpresse mit einem Papierformat bis zu 3500 qcm (41 x 70 cm)	4,85	4,85	8,70	11,15
7 Mittlere Schnellpresse m. einem Papierformat b. zu 5040 qcm (49 x 84 cm)	5,80	7,25	10,20	13,95
8 Große Schnellpresse mit einem Papierformat bis zu 7000 qcm (70 x 100 cm)	6,75	8,45	11,90	16,20

Satz und Druck von Briefumschlägen für 1000 = 2,55 M., 2000 = 4,45 M., 3000 = 5,95 M., 5000 = 9,10 M., 10 000 = 15,40 M., 20 000 = 28,60 M., 50 000 = 60 M. und 100 000 = 121 M. — Der Preis für das Nummerieren mit Handapparat schwankt für je 1000 Nummern zwischen 1,65 M. und 2,50 M. — Als Papierzuschlag wird berechnet bis zu 100 Druck 10 bis 15 Proz., bis zu 250 Druck 8 bis 10 Proz., bis 500 Druck 6 bis 6 Proz., bis 1000 Druck 4 bis 5 Proz., bis 3000 Druck 3 bis 4 Proz., bis 5000 Druck 2 bis 3 Proz., bis 10 000 Druck 2 bis 3 Proz., bis 25 000 Druck 2 bis 3 Proz., über 25 000 Druck 2 bis 2 1/2 Proz. — Die Papierpreisberechnung erfolgt zum Tagespreis mit einem Aufschlag von 10 bis 50 Proz., je nach der Höhe des Papierpreises; hierzu kommt noch die jeweils geltende Umsatzsteuer.

Weitere Preistreiberien auf dem Papiermarkte. Wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, wird von interessierten Kreisen der Papierfabrikanten die Erhöhung eines internationalen Syndikats zum Zwecke einer weiteren Erhöhung der Papierpreise geplant. Eine Zusammenkunft internationaler Papierfabrikanten ist zum 7. Juli nach Stockholm einberufen worden. Obwohl heute schon der Inlandspreis für Papier erheblich über dem Weltmarktpreis steht, so daß der Ausländer deutsches Papier billiger kaufen kann als der deutsche Verbraucher, soll dieses Ziel nun noch verfochten werden, wodurch der askantende deutschen Volkswirtschaft und insbesondere dem deutschen Buch- und Zeitungs-gewerbe neuer wieder Schaden droht. Mit Recht verlangt daher das „Berliner Tageblatt“, daß das Reichswirtschaftsministerium Zollerleichterungen für die Einfuhr von ausländischem Zellstoff und Druckpapier so lange eintreten laßt, als die Werkschließungen zwischen in- und ausländischem Papier noch nicht erloschen ist.

Die internationale Unterstützung der deutschen Gewerkschaften. In einem neuen Bericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes sind die von den ausländischen Gewerkschaften der verschiedenen Länder zur Unterstützung der deutschen Gewerkschaften in den letzten Monaten ge-

zahlten Summen auf den Durchschnittsbetrag umgerechnet, der auf jedes einzelne Mitglied der betreffenden ausländischen Gewerkschaften entfällt. Die Unterschiede sind sehr auffallend: Für Schweden war der Hilfsbeitrag pro Kopf des Mitgliedes 39,53, für Dänemark 29,87, für Holland 21,10, für die Schweiz 15,39 holländische Cents, die übrigen Staaten folgen in großem Abstand; der Nächstfolgende ist die Tschechoslowakei mit 7,61 holländischen Cents. Auffallend gering war die Unterstützung aus England, 0,66 pro Mitglied, aus Belgien 1,55 holländische Cents. Die Länder mit entwertetem Geld und Italien mit seinen zerlumpten freien Gewerkschaften kamen wenig in Betracht. Österreich hat mit 5,74 holländischen Cents verhältnismäßig viel beigetragen. Die amerikanischen Gewerkschaften haben sich bei der deutschen Gewerkschaftshilfe zum ersten Male beteiligt mit 18 000 Dollars (2,15 holländische Cents pro Kopf der Mitglieder). Ähnlich war das Verhältnis bei den Antikriegsfonds; auch hier stand Schweden, das ungefähr vier Fünftel des Fonds geliefert hat, mit 242 000 schwedischen Kronen an der Spitze. Allerdings sind hier die zu erwartenden größeren Beiträge aus Holland, Belgien, Dänemark und Frankreich noch nicht verrechnet. Die russische Hilfe wurde bereits 1921 durchgeführt und lieferte auf Grund der damaligen Verhältnisse andre Ergebnisse. Es wurden vom Internationalen Gewerkschaftsbund über 2 Millionen Gulden gesammelt, woran mit den höchsten Beiträgen in der Reihenfolge: die Tschechoslowakei, Italien, Belgien, die zusammen mehr als die Hälfte des Gesamtbetrages lieferten, beteiligt waren. Ihnen folgten Holland, Frankreich, England, Schweden, Deutschland mit Beiträgen von je über 100 000 Gulden. Was die Beiträge für den Internationalen Gewerkschaftsbund selbst anbelangt, so waren diese angesichts der Geldentwertung und der schlechten Verhältnisse in den letzten Jahren verhältnismäßig sehr gering. Sie betragen für 1923 insgesamt 89 000 Gulden, wovon mehr als 50 000 auf die Beiträge der englischen Gewerkschaften entfallen. Demzufolge war der Internationale Gewerkschaftsbund gezwungen, seine Ausgaben einzuschränken, er mußte die Hälfte seiner Angestellten abbauen.

Der Personalabbau der Reichs- und Staatsbehörden. Im Reichsfinanzministerium ist über den Personalabbau eine Denkschrift verfaßt worden, die demnächst dem Reichstag ausgestellt wird. Die Denkschrift, der als Stichtag der 1. April 1924 zugrunde gelegt ist, und deren Angaben durch beigegebene Übersichten erläutert werden, stellt fest, daß von dem am 1. Oktober 1923 im Reichsdienst einschließlich Reichspost und Reichspost beschäftigten 825 955 Beamten, 60 747 Angestellten, 705 512 Arbeitern, zusammen 1 592 214 Köpfen, bis zum 31. März 1924: 134 507 Beamte 30 217 Angestellte, 232 134 Arbeiter, zusammen 396 858 Köpfe, mithin 24,9 Prozent abgebaut und außerdem 1114 Wartegeldempfänger und kommissarisch beschäftigte Landes- und Gemeindebeamte entlassen worden sind. Die Ersparnisse an Gehältern usw. für das abgebaute Personal werden bei Beamten auf 105 Millionen Goldmark, bei Angestellten auf 50 Millionen Goldmark, bei Arbeitern auf 278 Millionen Goldmark, bei Wartegeldempfängern usw. auf 1 Million Goldmark, zusammen auf 434 Mill. Goldmark geschätzt. Damit ermäßigen sich die gesamten Personalaufwendungen des Reichs um 15,3 v. H. Hinzu kommen die der Höhe nach schwer zu schätzenden, aber keineswegs zu unterschätzenden Ersparnisse an Sachaufwendungen für Räume, Licht, Heizung, Arbeitsmaterial usw.

Schiedsverfahren vor den ordentlichen Gerichten. In der ersten und zweiten Instanz der ordentlichen Gerichte besteht nunmehr die Möglichkeit, den Rechtsstreit in einem Schiedsverfahren durch ein Schiedsurteil, das einem im ordentlichen Verfahren ergangenen rechtskräftigen Urteil gleichsteht, zu erledigen. Übersteigt der Streitwert von dem Amtsgericht nicht 50 Goldmark bei Einreichung der Klage, so ist dieses Schiedsverfahren obligatorisch. Ausgenommen sind Mieterkündigungssachen. In allen andern Rechtsstreitigkeiten, über deren Gegenstand die Parteien einen Vergleich schließen können, kann auf übereinstimmenden Antrag beider Parteien ein Schiedsurteil gefällt werden. Von Wichtigkeit ist nun in letzterem Falle, daß auf übereinstimmenden Antrag der Parteien das Gericht mit einem Richter als Vorsitzenden und zwei nicht-richterlichen Beisitzern zu besetzen ist. Die Beisitzer müssen volljährig sein und benennt jede Partei einen. Bei Stellung des Antrags ist schriftliche Erklärung der benannten Beisitzer, daß sie zur Übernahme des Amtes bereit sind, beizufügen. Benennen weiter beide Parteien übereinstimmend den Vorsitzenden oder ein bestimmtes Mitglied mit Zustimmung des Benannten, so soll zunächst dieser als Richter eintreten. In allen Arbeitsstreitigkeiten, die zur Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte gehören, ist durch diese Neuerung die Möglichkeit gegeben, eine Gerichtsbesetzung herbeizuführen, die der der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte ähnelt.

Sozialistische Bildungsgelegenheit während der Ferienzeit. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit unternimmt in diesem Jahre zum erstenmal den Versuch, eine Reihe größerer Ferienveranstaltungen durchzuführen. Damit wird weitesten sozialistischen Kreisen Gelegenheit gegeben, ihre Ferienzeit in Gemeinschaft gleichgestimmter Menschen mit aktivem Gewinn zu verleben. Die Veranstaltungen sollen Erholung mit geistiger Vertiefung verbinden. Veranstaltet werden die folgenden Ferienkurse: Himmelfahrt (Sambura): „Erziehung und Sozialismus“ (1. bis 9. Juli in Weinsgerode). Luipold Stern (Brand): „Die Arbeiterbewegung, ihr Zweck, Wesen und Aufbau“ (20. bis 26. Juli in der Heimvolkshochschule Schloss Linn, Gera (Meuß)). Engelbert Graf (Stuttgart): „Das Arbeiterbildungsproblem“ (27. Juli bis 1. August in Süddeutsch). Annie Smith (Sheffield England): „Die englische Arbeiterbewegung und ihre Geschichte“ (8. bis 11. August in Birna). Reinerich (Berlin): „Die Lebenswelt des Industriearbeiters“ (11. bis 16. August in Marburg). Professor Leo Neuberger (Berlin):

NEUERSCHEINUNG!
Langenscheidts
 Handbücher der Handelskorrespondenz.
 Erster Band
Englisch für Kaufleute
 474 S. Leinenband 5 Gold-Mark
 Korrespondenz und Handelskunde.
 Jeder Englisch Lernende, jeder, der englische Geschäftsbriefe schreiben will, jeder Handelschüler und jeder Handelslehrer, überhaupt jeder, der für die englische Weltpraxis Interesse hat, findet in diesem neuen Werke alles, was für die kaufmännische Praxis erforderlich ist.
 In jeder Buchhandlung vorrätig!
Langenscheidtsche Verlagsbuchhandlung
 (Prof. G. Langenscheidt) Berlin-Schöneberg

Vorzugsangebot!
„Die Meisterprüfung im Buchdruckgewerbe“
 von J. B. Lindl, Mitglied der Meisterprüfungskommission München, VI. Auflage. Bei Bestellung bis zum 3. Juli nur 5,50 Geldmark (statt 6,50) bei Vereinfachung auf Postcheckkonto 610 München, J. B. Lindl.

Fünfter Deutscher Korrektorentag
 Am Sonnabend, 30. August 1924, soll in Hamburg der fünfte Deutsche Korrektorentag stattfinden. Die unterzeichnete Zentralkommission schreibt zu diesem Zweck einen Sonderbeitrag von 2 Mark pro Mitglied aus, der bis zum 1. Oktober in Raten durch die Vereine kassiert und an die Zentralkommission abgeliefert werden soll. Einzelheiten über die Anzahl der Abgabenden usw. gehen den Vereinen durch besonderes Rundschreiben zu.
 Anträge zum Korrektorentag müssen von den Vereinen spätestens bis 1. August an die Zentralkommission eingereicht sein.
 Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands!
 J. A. Curtz Grams, Vorsitzender, Berlin C 54, Altpotsdamerstr. 12.

Dresdner Buchdruckerverein
 Sonntag, den 21. Juni, nachm. 5 bis 1 Uhr nachts
Johannisfeier
 im „Paradiesgarten“ in 35 Werteln (Einfahrt der Trautenkühnen 5 und 6)
 Eintrittskarten sind buchweise im Bureau der Vereinigung zu entnehmen. Preis der Karte einschließlich Steuer 8 Pf.
 [724]

Stereotypen und Galvanoplastiker
 Der unterzeichnete Verein veranstaltet am Sonntag, dem 22. Juni, eine **Wanderveranstaltung nach Halle a. d. S.** im „Volkspark“, Auguststraße 27, kleiner Saal. (Direkte Einzahlung nach Halle ab Bahnhof mit Linie 2. Die Kollegen der Vereine aus der Saale, Leipzig, Dresden, GutsMuths-Verlag und Thüringen werden eingeladen, sich hierzu anzuschließen.)
 Tagesprogramm:
 11 Uhr: Eröffnung der Wanderveranstaltung durch den Vorsitzenden Kollegen R. Goetsche (Dresden). Begrüßung durch den Vorsitzenden Hugo König (Halle). Vortrag des Kollegen W. W. Schmidt (Dresden). Vorsitzender der Zentralkommission, kurze Berichte der Gäste. Verschiedenes. 1 Uhr: Gemeinsame Mittagspause (Geld 1 Mk.). 3 Uhr: Gemeinsamer Spaziergang. 6 Uhr: Gemütliches Beisammersitzen im Hotel „Halle“, 1. Etage. Zur Umarmungsfeier und musikalischer Unterhaltung im selben Lokal.
 Zu diesem Zweck ergeht die Bitte, dass Teilnehmer am Sonntag frühzeitig nach Halle kommen, um sich an der Veranstaltung beteiligen zu können.
 Verein der Stereotypen und Galvanoplastiker
 Berlin und Umgegend.

W. B. R.
 Mittwoch, 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Balkonsaal“ Lichtbildervortrag: **Der Offensivdruck und seine Entwicklung** (Referent Fachoberlehrer Köhler). Bei der Wichtigkeit dieses Themas erlauben wir uns recht zahlreiches Erscheinen. Wäre willkommen. Der Vorstand.

Alzidenzseher
 tüchtiger, flotter Arbeiter, selbständig im Entwurf, sofort gesucht. Bewerbungen mit selbstgezeichneten Mustern an **Adolf Jüst & Sohn, Berlin S 14, Charlottenburgerstr. 6.**

Alzidenzseher
 sucht als Solitär oder ähnliche angenehme dauernde Stellung in Leipzig. Bin Mitte 30. In Entwurf und Satztechnik auf der Höhe.
 Gest. Offerten unter Nr. 717 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Gewissenhafter, sehr zuverlässiger Korrektor und Revisor
 mit guten sachlichen und allgemeiner Kenntnissen, (sucht sich nach)
Hamburg oder Umgegend
 in gutbezahlte, dauernde Stellung zu verändern. Antritt nach Abereinkunft. Gest. Angebote unter Nr. 718 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Drucker- oder Zetterstereotypen
 verlangt
 Drucker Eickler, Berlin SO 16, Schmitzstraße 24/25. [1059]

Tüchtiger Schweizerdegen
 oder Maschinenmeister, der auch am Raster ausbilden kann, sofort in Dauerstellung gesucht.
 „Warener Zeitung“, Waren (Mürit.). [724]

Zwei Maschinenseher
 für Linotype und Typograph zum baldmöglichsten Antritt gesucht.
 C. E. Klinitz & Sohn, Meisen. [743]

Tüchtiger Monotypeseher
 für Co-Zetler möglichst sofort gesucht.
 Angebote mit Wohnforderung erbeten unter Nr. 733 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7. [739]

Flotte Typographseher
 für die T-11-Maschine sofort in Dauerstellung gesucht. Reise wird vergütet.
 „Volkblatt“-Druckerei Allenstein. [739]

Tüchtiger Linotypeseher
 zu sofort gesucht.
 „Neue Seele Presse“, Hagen i. W. [603]

Schriftgießerlehrlinge
 mit guten Schulzeugnissen, vierjährige Lehrzeit (bei guter Führung und Leistung Verkürzung der Lehrzeit) stellt sofort ein S. Gerthold, Messingmaschinenfabrik und Schriftgießerei A.-G., Berlin SW 29, Belle-Alliance-Strasse 88.
 Ich will hinaus in die Welt!
 Suche Stellung als

Alzidenz- oder Inseratenseher
 am liebsten in Thüringen oder im Harz. Habe auch Lust, mich an einer Zettermaschine auszubilden. Achtige Stellung ist ungenügend. Gest. Offerten unter P. L. 739 an die Geschäftsstelle dieses Blattes, Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Tüchtiger Alzidenz- (Wert- u. Inseraten-)seher
 hierin im Setzungsambuch, 21 Jahre alt, wünscht sich zu verändern. Am liebsten, wo Gelegenhe. gebot. Ist, sich an der Zettermaschine auszubilden. Gest. Ang. unter Nr. 691 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstraße 7, erbeten.

Schriftseher
 28 Jahre alt, hier in allen Zaharten, auch etwas Kenntnis in der Stereotypie, wünscht sich zu verändern.
 Angebote, die Kunst der Wohnungsverhältnisse erbittet **Rich. Hilgner, Braunschweig, Stern-Schmidt-Strasse 3.**

Alzidenzseher
 unverschleitet, nur tüchtige Kraft, baldmöglichst gesucht.
 Ausländische Bewerbungen mit Kopie abgeschrieben erbeten an das „Tageblatt“, Raumburg (E.). [731]

Linotypeseher
 zur La Maschinenkammer und flotte Zetler, für sol. gef. gesucht. Verhandlung über Tarif nach Abereinkunft. Dauerstellung.
Oldenburgische Landeseigent., Oldenburg i. O. b. Bremen.
 Erstklassiger

Linotypeseher
 guter Maschinenkammer, für sofort gegen Bezahlung über Tarif gesucht. Dauerstellung. Zeitschriftliche Bewerbungen erbeten.
 [719] Mansfuer & Co., G. m. b. H., Seinfurter a. d. E.

Schriftseher
 für Zetseher und platten Car für sofort gesucht. Bewerbungen mit Kopie abgeschrieben an „Volkblatt“-Druckerei [724] G. m. b. H., Hülseberg, Berlin.

Tüchtiger Anzeigen- und Alzidenzseher
 für sofort gesucht. [722] Buchdruckerei W. Böning, Nordenham (Oldbg.).

Linotypeseher
 als Ferienaushilfe für etwa drei Wochen ab 2. Juli, event. auch in Halbtagsstellung, gesucht. Angebote mit Wohnansprüchen an **H. Jenne, Zeitungswertag, Berlin-Köpenick.** [710]

Galvanoplastiker
 durchaus selbständig, arbeitend, für sofort nach Westfalen gesucht.
 Gest. Angebote unter „Galvano 724“ an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7. [720]

Linotypeseher
 aufgenommen. [737] Deutsche Buchdruckerei G. m. b. H., „Alpenland“, Jansbrud.

Gleich wohin! Maschinenmeister
 firm an Schnell- und Tiegelsprelle sowie m. Königs Bogens anleger vertraut. Sucht Veränderungen halber Stellung. Gest. Angeb. u. N. N. Nr. 747 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Königstr. 7, erbeten.

Tüchtiger Flachstereotypen
 38 Jahre alt, in allen vork. Arbeiten bewandert, sucht per bald oder sofort angenehme Stellung. Egal wohin. [725] Off. erbittet W. G., Leipzig: Volkmarsober, Ellabachstraße Nr. 12 pt. r.

Typographseher
 (T-11) für guten Werkfab gesucht. [742] Holzinger & Co., Stuttgart, Bismarckstraße 6.

Perfetter Stereotypen
 firm in allen vorkommenden Arbeiten, sucht [729] Gerold-Verlag, Pöschel (Thür. Wald).

Linotypeseher
 Anfänger, sucht Stellung, wo Weiterausb. möglich. Ang. m. Gehaltsang. an Chr. Ränge, Kaffee-R., Wolfshagerstr. 80 III.

Maschinenband
 sowie alle Druckereizutensilien liefern: **Bezner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolfstr. 112.**

Zum Johannisfest
 Vereinsabzeichen in den fünf Buchdruckerfarben, Größe Nr. 4: 60 Pf., Nr. 5: 75 Pf.
fünffarbig Band 14 mm Rips 3 M., Metallfadenband 3,75 M., 27 mm Metallfadenband 5 M. per m.
Verbandsnadel echt Emaille 1,25 M.
R. Eiegl, München 9, Kolonnenstraße 1.

Dankagung!
 Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, des Schriftsehers **Hermann Jhlow** sowie für alle Kollegen sowie dem Verbands der Buchdrucker und Schriftgießer meinen besten Dank aus **Berlin. Jean A. Jhlow.**

Kunstschrift- Wertzeuge u. Vorlagen
 alle die vorzüglich von **R. Eiegl, München 9, Kolonnenstraße 1.**

Am 7. Juni verstarb unser lieber Kollege, der Zetler **Heinrich Ebelebe** aus Spandau, im Alter von 71 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.**

Am 7. Juni verschied nach längerem Leiden unser lieber Kollege, der Metzger **Bernhard Stürer** im 62. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm **Orts- und Bezirksverein Münster i. W.**

Am 4. Juni verstarb unser lieber Kollege, der Drucker **Otto Schönau** im 66. Lebensjahre. Am 10. Juni verstarb unser lieber Kollege, der Zetler **Ad. Goldhammer** im 48. Lebensjahre. Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Die Verbandskollegen der Reichsdruckerei, Berlin.

Am 6. Juni verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker **Wilh. Hüllgärtner** im Alter von 25 Jahren. Wir werden dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren. Bezirk Eichen.

Am 2. Pfingstfeiertage verstarb nach viertägiger Krankheit unser lieber Kollege, der Rotationsmaschinenmeister **Karl Mayer** aus Worms, im Alter von 47 Jahren. [740] Sein beschriebenes Wesen liefert ihm ein dauerndes Andenken. Bezirksverein Mainz Druckervereinigung Mainz.